

Karl H. Schneider

Wilhelm Leuschner: Für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung

Karl H. Schneider, geb. 1932 in Remscheid, Banklehre und Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter, lebt seit 1980 als Übersetzer und freier Autor in Bayern.

Am 15. Juni 1990 jährte sich zum hundertsten Mal der Tag, an dem Wilhelm Leuschner geboren wurde, einer der profiliertesten Gewerkschaftsführer und Politiker in der Zeit der Weimarer Republik und eins der prominentesten Opfer der Nazis aus den Reihen des Arbeiterwiderstandes.

Leuschner hatte den Nazis als hessischer Innenminister den Kampf angesagt und ihren Haß provoziert. Auf einer republikanischen Kundgebung im Februar 1929 hatte er erklärt: „Der politische Kampf soll ein Ringen mit geistigen Waffen sein, aber die Nationalsozialisten wollen mit roher Gewalt den anderen ihre Meinung auf zwingen ... Aber es gibt eine Grenze, wenn Bürgerkrieg und Staatszerstörung gepredigt und das Leben und die Ehre von Volksgenossen durch politischen Fanatismus bedroht werden.“¹ Konsequenterweise ordnete der Minister an, uniformierte Nazis auf Waffen zu durchsuchen. Vermutlich wäre die Geschichte anders gelaufen, wenn es mehr aufrechte Männer wie ihn gegeben hätte.

Ein Wahlhesse aus Franken

Wilhelm Leuschner stammte aus dem oberfränkischen Bayreuth, war also ein „Eingeplackter“, wie die Hessen diejenigen zu bezeichnen pflegen, die es - eine alte Tradition - in das wirtschaftlich florierende Gebiet um Frankfurt und Darmstadt zog.

Der Vater, ein Ofensetzer, ließ den künstlerisch begabten Sohn in Leipzig den Beruf eines Holzbildhauers erlernen. Zur Weiterbildung schrieb sich Wilhelm für ein Wintersemester an der Nürnberger Akademie der Bildenden Künste ein. Sein Abgangszeugnis wies in sämtlichen Fächern – Freihandzeichnen, Ornament- und Pflanzenmodellieren, Stillehre, Kunstgeschichte und Geschichte der technischen Künste, Anatomie - die Fleißnote „sehr gut“ auf.² Anschließend ließ Leuschner sich in Darmstadt nieder, wo er bei der „Hofmöbelfabrik Julius Gluckert“ eine Stellung fand. Einundzwanzigjährig heiratete er; noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurden Sohn und Tochter geboren.

1 Joachim G. Leithäuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben für die Republik, Frankfurt-Wien-Zürich 1962, S. 59.

2 Leithäuser, S. 14.

Das Großherzogtum Hessen war einer der am liberalsten regierten Teil-Staaten des Wilhelminischen Reiches. Der in Darmstadt residierende Großherzog Ernst Ludwig galt als der fortschrittlichste unter den deutschen Fürsten. Über seine Mitfürsten urteilte er in seinen Erinnerungen: „Wenn ich zu Kaisers Geburtstag in Berlin weilte, fand ich oft, daß viele von meinen sogenannten Kollegen noch so rückständig in ihren Anschauungen waren, daß ich mich als reiner Sozialist fühlte. Sie begriffen so gar nicht die Frage, wie man mit der Zeit gehen muß, wenn man zuletzt nicht von ihr übergangen werden will. Leider bewies es die Zeit der Revolution: Sie wurden weggefegt, ohne irgend etwas zurückzulassen, weil sie doch zu große Nullen waren, wenn sie auch anständig dachten.“³

Trotzdem war Hessen keineswegs ein Staat der politischen und sozialen Gleichberechtigung. Zwar waren bereits im Jahr 1903 sechs sozialdemokratische Abgeordnete in den hessischen Landtag eingezogen, aber als 1906 in Offenbach erstmals ein sozialdemokratischer Beigeordneter bestellt und vom Großherzog bestätigt wurde, führte das zu Protestversammlungen „vaterlandsliebender Menschen.“ Konservative norddeutsche Gazetten gingen sogar noch weiter: Sie forderten, das Reich beziehungsweise der Kaiser solle gegen Hessen wegen „Verletzung der Bundespflicht“ einschreiten.⁴

Gewerkschafter und Sozialdemokrat

Der junge Leuschner schloß sich in Darmstadt bald jenen Organisationen an, die das ökonomische und politische Interesse seiner Klasse vertraten. Mit neunzehn Jahren trat er in den Zentralverein der Bildhauer Deutschlands ein und wurde von seinen Kollegen bald zum Bezirksleiter gewählt. In dieser Funktion schloß er den ersten Tarifvertrag mit der Holzverarbeitenden Industrie ab, der zahlreiche arbeits- und sozialrechtliche Regelungen enthielt, einschließlich der Einrichtung einer Schiedskommission. Leuschners Mitgliedsbuch des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Darmstadt und Groß-Gerau weist als Eintrittsdatum den 5. April 1913 aus.

Für den Raubkrieg, den die europäischen Mächte seit August 1914 untereinander führten, entwickelte Leuschner keinen Funken Begeisterung. Im Mai 1917 trug er als Artillerist in Frankreich in sein Kriegstagebuch ein: „Jeder ist froh, wenn der Schwindel ein Ende hat, ganz gleich, auf welche Art.“⁵ Noch im Feld wurde er am 12. November 1918 von seinen Kameraden zum Vorsitzenden ihres Soldatenrates gewählt. Mit der ihm eigenen Umsicht und Energie sorgte er für ihre wohlbehaltene Rückkehr in die Heimat.

Kommunalpolitiker und Gewerkschaftsfunktionär

Zurück in Darmstadt reorganisierte Leuschner zunächst die lokale Gewerkschaftsarbeit, die durch den Krieg fast zum Erliegen gekommen war. Er über-

³ Zitiert nach Eugen Kogon, Wilhelm Leuschners politischer Weg, in: Auftrag und Verpflichtung, Wiesbaden 1984, S. 7 f.

⁴ Leithäuser, S. 15.

⁵ Zitiert nach Kogon, S. 9 f.

nahm den Vorsitz des Gewerkschaftskartells für Darmstadt und Umgebung, das nach dem Zusammenschluß der Freien Gewerkschaften auf dem Nürnberger Gewerkschaftskongreß vom Juli 1919 zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zum ADGB-Ortsausschuß umorganisiert wurde. Im gleichen Jahr wurde Wilhelm Leuschner für die SPD in die Stadtverordnetenversammlung von Darmstadt gewählt, ein Jahr später auch in den Provinzialausschuß. In beiden Gremien — Darmstädter Stadtverordneter blieb er bis 1928 — widmete er sich vorwiegend Finanzfragen. 1924 wurde Leuschner darüber hinaus auch in die Hessische Volkskammer, den Landtag, gewählt. Da die Sozialdemokraten dort seit der konstituierenden Wahl im Januar 1919 die stärkste Fraktion stellten, wurde Leuschner zum Vizepräsidenten bestellt.

Über das Wirken Leuschner in den ersten stürmischen Jahren der Republik schreibt der linkskatholische Publizist Eugen Kogon: „In den schweren Bedrohungen und Auseinandersetzungen der Jahre von 1919 bis 1924, als Putschversuche, Aufstände, Fememorde, Hetzkampagnen, der unerbitterlich geführte Streit um die Erfüllung oder Nichterfüllung des Versailler Vertrages, die rheinische Separatistenbewegung, der „Ruhrkampf“, die Inflation mit dem Massenelend im Gefolge buchstäblich die Existenz der Weimarer Republik immer wieder in Frage stellten, war Wilhelm Leuschner bei den Reichstagswahlen und sonst bei jeder Gelegenheit, die es erforderlich machte, unablässig bemüht, die neue Verfassung, die parlamentarische Demokratie, die Regierung in Berlin und ihre Notmaßnahmen bis hin zur Einrichtung des Staatsgerichtshofes verständlich zu machen, sie zu verteidigen und die Wählerschaft zur Besinnung zu mahnen, zur Mitverantwortung aufzufordern.“⁶

Von 1926 bis 1928 wirkte Wilhelm Leuschner als Bezirkssekretär des ADGB für Hessen und Hessen-Nassau. In dieser Position legte er besonderen Wert auf die Weiterbildung der Arbeitnehmer, speziell auf die Ausbildung der Betriebsräte. Aus kommunistischer Sichtweise stellt sich dies so dar: „Er verfocht die revisionistische Auffassung, daß die Gewerkschaften lediglich der Wahrnehmung wirtschaftlicher Interessen der Werktätigen zu dienen und sich gegenüber dem politischen Massenkampf der Arbeiterklasse neutral zu verhalten haben.“⁷

Hessischer Innenminister

Nach den hessischen Volkskammerwahlen vom Herbst 1927 wurde Wilhelm Leuschner im Februar 1928 zum Innenminister einer Koalitionsregierung aus SPD, Zentrum und Demokratischer Partei ernannt. Zu seinem persönlichen Sekretär bestellte er den rheinhessischen Juristen Ludwig Schwamb. Der politische Publizist Carlo Mierendorff aus Heidelberg, seit 1929 auch sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, wurde Chef seiner Presseabteilung. Mit beiden Männern arbeitete Leuschner auch später im Widerstand gegen die Nazis eng zusammen.

⁶ Kogon, S. 11 f.

⁷ IML beim ZK der SED, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S. 284 f.

Schwamb schlug dem Minister eine umfassende Reform der Städte- und Gemeindeordnung Hessens vor. Sie sollte der wirtschaftlichen und technischen Anpassung des Rhein-Main-Gebietes an die neuzeitlichen Erfordernisse dienen – mit Frankfurt als Industrie-, Handels- und Finanzzentrum. Die damit verbundenen Entwicklungspläne umfaßten unter anderem den Bau von Fernleitungen zur Gas- und Elektrizitätsversorgung, der Autobahn Hamburg-Frankfurt - Basel sowie eines Luftschiffhafens im nebelfreien Darmstadt-Griesheim für den Zeppelinverkehr nach Südamerika.⁸

Parallel dazu widmete Leuschner seine Aufmerksamkeit einer angestrebten Reichsreform, bei der Groß-Hessen ein Reichsland unter einem Landespräsidenten in einem dezentralisierten Einheitsstaat werden sollte. Im Januar 1929 veröffentlichte die „Frankfurter Zeitung“ hierzu ein Sechs-Punkte-Programm Leuschners, das mit dem Appell schloß: „Bismarck hat noch geglaubt: ‚Die deutsche Vaterlandsliebe bedarf eines Fürsten, auf den sich ihre Anhänglichkeit konzentriert.‘ Die Wiederherstellung des Reiches seit 1918 hat diesen Kleinglauben Bismarcks widerlegt. Damit ist auch der letzte Grund hinfällig, noch länger an der nur dynastisch bedingten Grenzziehung der Länder festzuhalten. Für die deutschen Republikaner ist deshalb gerade der Tag der Reichsgründung der beste Anlaß, ihre Entschlossenheit zum Einheitsstaat erneut zum Ausdruck zu bringen. Ihre Sache ist es, mit mehr Glauben als Bismarck den Bau des Reiches nunmehr ganz aus der Kraft des Volkes heraus zu vollenden.“⁹

Und zum zehnten Jahrestag des Inkrafttretens der Weimarer Verfassung schrieb Leuschner: „Das Große an dem Verfassungswerk von Weimar ist, daß es nicht haltmacht mit der Einführung der parlamentarischen Demokratie, sondern daß es die Tür öffnet für den Vormarsch zur sozialen Republik, der im Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts vollzogen werden muß.“¹⁰

Kampf gegen den Radikalismus von links und rechts

Mit Leidenschaft engagierte Wilhelm Leuschner sich in dem Abwehrkampf gegen die radikalen Kräfte von links und rechts, insbesondere gegen die immer stärker werdende braune Pest. Bei den Reichstagswahlen im Mai 1928 hatten die Nazis bekanntlich nur 12 Sitze errungen - im September 1930 waren es bereits 108 von 577. Leuschner versuchte, der Radikalen mit Hilfe der ihm unterstellten Polizei Herr zu werden, aber die verheerenden Folgen der Wirtschaftskrise leisteten ihnen gewaltigen Vorschub.

Im November 1931 wurde die NSDAP mit 27 von 70 Mandaten (vier Jahre zuvor war es ein einziges gewesen) zur stärksten Partei im hessischen Landtag und stellte infolgedessen auch den Volkstammer-Vorsitzenden. Eine Neubildung der Regierung erwies sich als unmöglich, da zwischen den Kräften der bisherigen Koalition und ihren Gegnern (Nationalsozialisten, Deutschnatio-

8 Kogon, S. 13.

9 Leithäuser, S. 56 f.

10 Leithäuser, S. 61.

nale, Bauernbund und Volkspartei) ein Stimmenpatt bestand. Die Regierung blieb auf unbestimmte Zeit geschäftsführend im Amt, in ihrer Handlungsfähigkeit natürlich sehr eingeschränkt.

Ohne Rücksicht auf die massiven Angriffe, die gegen ihn in der NS-Presse Hefen, nahm Leuschner den Kampf gegen die Nazis auf. „Wenn Sie mir Ihr Vertrauen aussprechen würden“, schleuderte er den Reaktionären in einer Parlamentsdebatte über einen Mißtrauensantrag gegen ihn entgegen, „dann wäre es Zeit für mich zurückzutreten.“¹¹

Von einem abtrünnigen Nazi erhielt Leuschner im November 1931 das Protokoll einer Zusammenkunft hessischer Naziführer zugespielt, bei der diese über Diktatur- und Terrormaßnahmen nach ihrer „Machtergreifung“ beraten hatten. Leuschner übergab dieses sogenannte „Boxheimer Dokument“ der Öffentlichkeit und forderte die Reichsregierung auf, umfassende Maßnahmen gegen Hitler und seine Bande zu ergreifen, was ihm deren blanken Haß eintrug. Die durch den Oberreichsanwalt eingeleiteten Ermittlungen wegen Hochverrats verliefen im Sande - einer der vielen Fälle, in denen sich die Justiz der Weimarer Republik als auf dem rechten Auge blind erwies.

Im anschließenden Wahlkampf für den hessischen Landtag, der infolge der bestehenden Pattsituation neu gewählt werden sollte, wandte Leuschner sich mit folgenden Worten gegen die Radikalen von rechts und links: „Unser Kampf gilt ebenso den Kommunisten wie den Nationalsozialisten, da ohne ihre Spaltungspolitik der Nationalsozialismus nicht die Rolle in Deutschland spielen könnte. Wir wollen wieder die gesamte Arbeiterschaft in einer einzigen Partei zusammenführen. So kämpfen wir gegen Faschismus und gegen Kommunismus für ein arbeitsfähiges Parlament in Hessen, für eine starke Sozialdemokratie!“¹²

Für die Einheitsgewerkschaft

Da Leuschner in seiner Position als hessischer Innenminister persönlich stark gefährdet war, bot ihm sein Freund Theodor Leipart, Vorsitzender des ADGB, einen Posten im Vorstand des Gewerkschaftsbundes an. Ende Januar 1933 wurde Leuschner in den Bundesvorstand berufen, nachdem er bereits im November 1932 für den ADGB in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf eingetreten war, als dessen Vizepräsidenten man ihn vorgesehen hatte. Auch sollte er Leiparts Nachfolger an der Spitze des ADGB werden.

Mitte Januar 1933 reiste Leuschner zu einer Konferenz über ein internationales Arbeitszeitabkommen nach Genf. Dort erreichte ihn am 31.°Januar ein Telefonanruf seines Freundes Schwamb, daß der senile Reichspräsident von Hindenburg den „Weltkriegsgefreiten“ Adolf Hitler zum Reichskanzler

11 Zitiert nach Kogon, S. 15.

12 Annedore Leber (Hg.), Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933 -1945, Berlin-Frankfurt 1954, S. 97.

ernannt und mit der Bildung eines Kabinetts aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten beauftragt hatte.

Ein Telegramm rief Leuschner zur Landtagssitzung am 6.°Februar nach Darmstadt zurück. Er folgte dieser Aufforderung, obwohl er wußte, welche Feinde er sich unter den nun regierenden Nazis erworben hatte. War es einfach Pflichtbewußtsein, war es die Sorge um die schutzlos zurückgebliebene Familie oder war es Vertrauen in die deutsche Rechtsstaatlichkeit, die ihn zu diesem Schritt veranlaßten?

Auf eine Intervention des neuen nationalsozialistischen Reichsinnenministers Frick hin sagte Leuschner dem hessischen Staatspräsidenten Adelung zu, von seinem Posten als Innenminister zum 1.°April zurückzutreten. Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ jubelte: „Leuschners freiwilliger Rücktritt kam zurecht, denn die Reichsregierung hatte sich bereits veranlaßt gesehen, in Hessen nach dem Rechten zu sehen, da Leuschner die Frechheit besaß, auch noch in der letzten Zeit die nationale Bevölkerung unter Ausnahmerecht zu stellen. Wir hoffen nur, daß Herr Leuschner nicht so weit von Hessen weggeht, daß er nicht schon in Bälde verhindert ist, Objekt des Rechtsempfindens zu werden, das Sühne für den Mißbrauch der Amtsgewalt zum Schaden des deutschen Volkes bringen wird und bringen muß.“¹³

Leuschner trat seine Funktion beim ADGB in Berlin an und begann unverzüglich den Kampf um das Weiterbestehen der Gewerkschaften, der oftmals auch zu opportunistischen Ergebnissen gegenüber der neuen Reichsregierung führte, wie die am 25. März 1933 veröffentlichte ADGB-Erklärung, in der es hieß, eine „staatliche Aufsicht“ über die „Gemeinschaftsarbeit der freien Organisation der Wirtschaft könnte unter Umständen durchaus förderlich sein, ihren Wert erhöhen und ihre Durchführung erleichtern.“¹⁴

Gleichzeitig verhandelte Leuschner mit den Vertretern der Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften über die Bildung eines „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“, der unter anderem die Aufgabe haben sollte, „die geistigen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zu klären und festzulegen“ sowie die „praktischen Zielsetzungen der Einheitsgewerkschaft festzulegen.“¹⁵

In den Fängen der Nazis

Zur Bildung der Einheitsgewerkschaft kam es nicht mehr. Am 2. Mai 1933 – einen Tag, nachdem die Freien Gewerkschaften zusammen mit den Nazis den „Tag der nationalen Arbeit“ begangen hatten - wurden die Gewerkschaftshäuser in Deutschland von der SA besetzt, viele Gewerkschaftsführer wurden

13 Leithäuser, S. 93.

14 Zitiert nach Michael Schneider, Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute, Bonn 1989, S. 218.

15 Zitiert nach Gerhard Beier, Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt-Köln 1975s S. 40 ff.

verhaftet. Leuschner befand sich drei Tage im „Mißhandlungsgewahrsam“ der Nazis, dann ließ man ihn frei, weil man ihn für eine IAA-Tagung in Genf benötigte, auf der Robert Ley die Anerkennung der „Deutschen Arbeitsfront“ als rechtmäßige Nachfolgeorganisation der deutschen Gewerkschaften erreichen wollte.

In Genf weigerte sich Leuschner allerdings beharrlich, in der Vollversammlung das Wort zugunsten der Nazis zu ergreifen. Die Versammelten waren von seinem mutigen Schweigen beeindruckt. Entgegen dem Rat seiner Freunde kehrte Leuschner danach abermals nach Deutschland zurück. Er wurde in „Schutzhaft“ genommen - ohne Begründung, ohne Rechtsmittel. Sein Leidensweg führte ihn über das Zuchthaus Butzbach in das berüchtigte Emslandlager Börgermoor und schließlich in das KZ Lichtenburg bei Torgau. Erst im Juni 1934 wurde er entlassen.

Im Widerstand

Wieder in Berlin lebend, mußte Leuschner sich anfangs täglich bei der Polizei melden. Er trat in ein kleines Unternehmen ein, für das er den Vertrieb von Bierhähnen übernahm. Dies ermöglichte ihm – zumal später noch die Verwertung eines kriegswichtigen Patents für die Hartverchromung von Aluminium hinzukam – eine ausgedehnte Reisetätigkeit durch ganz Deutschland, die er zum Knüpfen von Kontakten mit ehemaligen Gewerkschaftskollegen und anderen Widerständlern nutzte.

Leuschner sah voraus, daß der Krieg, auf den Hitler mit den ihm ergebenen Generalen und Wirtschaftsbossen hinsteuerte, in eine einzige große Katastrophe münden würde. „Aber wir sind gänzlich unfähig“, schrieb er einem Freund im Ausland, „die Katastrophe zu verhindern. Wir sind Gefangene in einem großen Zuchthaus. Zu rebellieren wäre genauso Selbstmord, als wenn Gefangene sich gegen ihre schwerbewaffneten Aufseher erheben würden.“¹⁶

Nach Ausbruch des Krieges trat Leuschner – der vorübergehend erneut in „Schutzhaft“ genommen worden war - mit bürgerlichen Widerstandskreisen um den ehemaligen Generalobersten Beck und den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Goerdeler in Kontakt. Letzterer sollte, so sahen es die vom „Kreisauer Kreis“ ausgearbeiteten Pläne vor, in einem demokratischen Nach-Hitler-Deutschland Kanzler werden, während Wilhelm Leuschner die Vizekanzlerschaft übernehmen sollte.

Mit dem christlichen Gewerkschafter Jakob Kaiser vereinbarte Leuschner für die Nachkriegszeit die Gründung eines gemeinsamen Bundes deutscher Industriegewerkschaften: Modell für den DGB in seiner jetzigen Form. Zur Widerstandstätigkeit Leuschners gehörte auch ein Kontaktgespräch, das er zusammen mit seinem Freund Professor Reichwein am 22.°Juni°1944 mit kommunistischen Widerständlern führte.

16 Leithäuser, S. 184.

Am 20. Juli 1944, dem Tag des Attentates auf Hitler, unterzog Leuschner sich einer Augenoperation, da er erst zehn Tage später mit Stauffenbergs Anschlag gerechnet hatte. Er hoffte, daß man ihn damit nicht in Zusammenhang bringen würde. Die Gestapo fand aber eine Liste der „Politisch Beauftragten“ des Widerstands, auf der auch sein Name verzeichnet war. Zur Flucht ins Ausland war es nun zu spät. Am 16. August wurde Wilhelm Leuschner nach einer Denunziation in seinem Versteck verhaftet.

Wilhelm Leuschners Vermächtnis

Bereits am 8.°September 1944 stand Wilhelm Leuschner zusammen mit Goerdeler und drei weiteren Angeklagten vor dem „Volksgeschichtshof“. Die Verhandlung wurde von dessen blutrünstigem Vorsitzenden Roland Freisler persönlich geleitet, der „kurzen Prozeß“ machte. In seinem schriftlichen Todesurteil führte er aus: „Ehrgeizzerfressene, ehrlose, feige Verräter sind Karl Goerdeler, Wilhelm Leuschner, Josef Wirmer und Ulrich von Hassell. Sie verschworen sich — Goerdeler sogar als politischer Kriegsspion für unsere Feinde — mit einer Gruppe eidbrüchiger Offiziere, die unseren Führer ermorden wollte; als Minister einer feindhörigen Verräterregierung unser Volk in dunkler Reaktion zu knechten und unseren Feinden auf Gnade und Ungnade auszuliefern.“¹⁷

Am 29. September 1944 wurde Wilhelm Leuschner im Zuchthaus Berlin-Plötzensee auf barbarische Weise hingerichtet. Am Vorabend gab er seinen Kameraden ein letztes Zeichen: „Schafft die Einheit!“ Das war wenige Tage, bevor die amerikanischen Panzerspitzen Aachen besetzten und die ersten befreiten Gewerkschafter an die Gründung von Einheitsgewerkschaften gingen.¹⁸

Der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn stiftete im Jahr 1964 eine Wilhelm-Leuschner-Medaille, die alljährlich als höchste Auszeichnung des Landes Hessen an Frauen und Männer verliehen wird, die sich um die demokratische Gesellschaft besonders verdient gemacht haben. Zu ihren Trägern gehören Otto Brenner, Walther Hesselbach, Josef Lang, Georg Leber, Eugen Loderer, Philipp Pless, Willi Richter, Carl Stenger, Alois Wöhrle und andere Gewerkschafter, die im Sinne von Wilhelm Leuschner die Einheitsgewerkschaft geschaffen und bewahrt haben.

17 Zitiert nach Kogon, S. 27.

18 Gerhard Beier, *Schulter an Schulter, Schritt für Schritt. Lebensläufe deutscher Gewerkschafter*. Köln 1983, S. 134.